

Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ stoppen

Contra-Referat von Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH)

Es gilt das gesprochene Wort.

- Die Volksinitiative verlangt eine grundsätzliche Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik. Sie will in der Bundesverfassung verankern, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländer/innen steuern kann über die Zahl der Bewilligungen für den Aufenthalt durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente, und das für sämtliche Bewilligungen des Ausländerrechts unter Einbezug des Asylwesens.

Was die Volksinitiative verlangt:

- Grundsätzliche Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik
- Zahl der Bewilligungen für einen Aufenthalt durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente steuern
- Kein Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen
- Völkerrechtliche Verträge, die diesen Grundsätzen widersprechen, dürfen nicht abgeschlossen werden
- Bestehende innerhalb von 3 Jahren neu verhandeln bzw. anpassen

- 1 -



- Der Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, auf Familiennachzug und auf Sozialleistungen soll beschränkt werden können. Massgebende Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen sollen insbesondere das Gesuch eines Arbeitgebers, die Integrationsfähigkeit und eine ausreichende, eigenständige Existenzgrundlage sein.
- Völkerrechtliche Verträge, die diesen Grundsätzen widersprechen, dürfen nicht abgeschlossen werden, bereits bestehende sollen innerhalb von 3 Jahren neu verhandelt und angepasst werden.
- Bundesrat und Parlament lehnen die VI ab ohne Gegenvorschlag, weil die VI dem Prinzip der Personenfreizügigkeit mit der EU diametral widerspricht.

Bundesrat und Parlament lehnen die Volksinitiative ab, weil:

- Kein Gegenvorschlag, weil Widerspruch zum Prinzip der Personenfreizügigkeit mit der EU
- Prinzip meint liberale durchlässige freiheitliche Regelung, die neben der Ökonomie den Menschen und seine Familie sieht.
- Die Zuwanderung mit der Personenfreizügigkeit ist für die Schweiz notwendig, wenn sie konkurrenzfähig bleiben will
- Eine Annahme der VI würde die bilateralen Verträge aufs Spiel setzen

- 1 -



- Das Prinzip meint eine Balance zwischen Geben und Nehmen, Vorteilen und Nachteilen, eine liberale freiheitliche durchlässige Regelung, die neben der Ökonomie auch noch den Menschen und seine Familie sieht.
- Von diesen allen Prinzipien verabschiedet sich die SVP mit dieser knallharten Volksinitiative. Jedesmal wenn ich sie lese bin ich von Neuem erschüttert, wohin wir auf dem Weg sind in unserer reichen Schweiz, zu noch mehr Reichtum, noch mehr raffen, noch mehr Egoismus. Die VI will nur mehr nehmen, mehr Vorteile, weniger Verpflichtungen, schon gar keine Partizipation am Sozialstaat.

Ohne Personenfreizügigkeit ...

- Ohne Verfügbarkeit von ausländischen Arbeitnehmer/innen wäre das Wachstum vieler erfolgreicher Branchen nicht möglich infolge Fachkräftemangel
- Ohne Verfügbarkeit von Ausländer/innen dramatischer Personalmangel in Spitälern und Langzeitpflege, in der Landwirtschaft und vielen andern Bereichen
- Die soziodemographische Entwicklung wird die Notwendigkeit der Arbeitsmigration akzentuieren

- 1 -



- Da die EU auch keine Anpassungen oder Neuverhandlungen will, würde eine Annahme der VI bedeuten, dass das ganze erste Paket der bilateralen Verträge zu Fall käme. Diese wurden aber in mittlerweile drei Abstimmungen bestätigt. Die Zuwanderung von Arbeitskräften ist für ein kleines Land wie die Schweiz, das wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben will, eine absolute Notwendigkeit.
- Ohne die Verfügbarkeit ausländischer Arbeitnehmer wäre das Wachstum vieler Branchen angesichts des andauernden Fachkräftemangels in den vergangenen Jahren nicht möglich gewesen.
- Die demografische Entwicklung wird diese Abhängigkeit von der Arbeitsmigration noch verstärken. Denken wir nur an die Spitäler und die Langzeitpflege, die gar nicht mehr funktionieren würden ohne ausländisches Personal.
- Weil die SVP unterdessen auch begriffen hat, dass es keinen Verhandlungsspielraum gibt mit der EU, wird nun ein anderer Ausweg propagiert: Freihandel statt Personenverkehr.

Die Volksinitiative weiss keine Lösung

- Freihandelsabkommen statt Personenfreizügigkeit ist keine Alternative und für den Personalmangel keine Antwort
- Die Rückkehr und Wiedereinführung von Zulassungsregelungen und Kontingenten bietet keine Gewähr für genügenden Nachschub an geeigneten Arbeitskräften
- Geist der Abschottung und Fremdenfeindlichkeit
- Der Mensch als Kostenfaktor, der Mensch als Nutzfaktor
- Selektion nach Kompetenzen, Bildung, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit
- VI setzt humanitäre Tradition aufs Spiel

- 1 -



- Die Länder, die dem Freihandel frönen, weisen einen hohen Wohlstand auf. Ja, darin ist die Schweiz ja sehr aktiv, sogar Vorreiterin. Aber das Freizügigkeitsabkommen mit der EU, das den Standort Schweiz gestärkt und sich bewährt hat, beinhaltet viel mehr im Verhältnis zur Vertragspartnerin als Freihandelsabkommen.
- Die EU ist der SVP grundsätzlich ein Dorn im Auge. Das Ausland soll überhaupt auf viel mehr Abstand gehalten werden. Es ist nur dienlich für Abmachungen, die uns nützen. Die VI atmet einen ganz anderen Geist. Den Geist der Abschottung und der Fremdenfeindlichkeit.
- Ich habe an einer Tagung über den Umgang mit Wanderarbeitern ein Referat gehalten und von den Notschlafstellenleitenden, der Stadtmission, den Kirchen und Beratungsstellen erfahren, mit welchen Problemen die Stellensuchenden aus dem Osten oder Spanien ankommen und hoffen, für ihre Familien eine bessere Zukunft zu bauen. Es ist nicht so einfach, sie alle kaltschnäuzig vor die Tür zu stellen. Und das schon im heutigen Aufenthaltsrecht mit der Personenfreizügigkeit.
- Mit der Masseneinwanderungs – Stopp – VI legt die SVP ein völlig anderes Konzept der Einwanderungspolitik vor und damit ein völlig anderes Konzept der

Partnerschaft mit Nachbarländern und weltweit. Die grundsätzliche Neuausrichtung geht konsequent vom naheliegenden Gedanken aus was dient uns und was nicht.

- Sie schlägt vor, jährliche Höchstzahlen und Kontingente für alle Ausländer (alle Bewilligungen des Ausländerrechts) festzulegen, um endlich selber steuern zu können, welche Ausländer für wie lange in unser Land kommen dürfen.
- Um bestimmen zu können: „der passt uns, die nicht. Der nützt unserem Fachkräftemangel, ist noch gescheit und kann sich schätzungsweise sicher wirtschaftlich selbst erhalten.
- Oder mehr, der ist erwünscht, weil er noch viel Steuern abliefern und in die AHV einzahlt. Der andere ist weniger ausgebildet, weniger sicher nie auf Sozialleistungen angewiesen.
- Doch wir brauchen seine Hände, denn niemand in der Schweiz will diese Arbeit verrichten. Er ist deshalb auch erwünscht, aber die Familie, die soll nicht kommen, die könnte uns kosten.“
- Und sollte die Arbeitskraft eines Einwanderers nicht mehr von Interesse sein, dann besteht keinerlei Anspruch auf dauerhaften Verbleib. Der Mensch als Kostenfaktor, der Mensch als Nutzfaktor! Die Selektion soll stattfinden nach Fachkompetenz, nach Bildung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit für die Einwanderung in die Schweiz, auf diese Insel der Glückseligen.
- Da bleibt mir der Atem weg, wenn ich diese Grundhaltung erkenne und mich frage wohin wir gekommen sind und wie Eigennutz und Egoismus in der heutigen „Für- mich- stimmts-Gesellschaft“ unverblümt und in der ganzen menschlichen Härte salonfähig geworden sind.
- Die VI setzt die humanitäre Tradition aufs Spiel. Ich habe Verständnis für Arbeitsuchende in der Schweiz, die fürchten, dass Ausländer ihnen ständig den Rang ablaufen in Bewerbungsverfahren, ich habe auch Verständnis für Wohnungssuchende in Städten mit nie gekannten Leerwohnungsquoten, dass sie langsam fürchten um den Platz zum wohnen und leben.
- Aber ich hoffe und bin überzeugt davon, dass das Volk diese menschenverachtende Lösung der bestehenden Probleme ablehnen werden.
- Die Lösung, das Konzept der SVP, ist abgesehen vom hochproblematischen Menschen-Selektionsansatz nach Nutzen völlig untauglich weil sie auf einem komplett falschen Bild einer wirtschaftlich prosperierenden Schweiz inmitten von EU, Drittstaaten beruht.
- Dass die Kündigung des Freizügigkeitsabkommen und damit der Bilateralen I in diesem Konzept in Kauf genommen, ja wo möglich erwünscht werden, ist fahrlässig. Dieses SVP-Konzept der Abschottung und der Kündigung von konstruktiven Partnerschaften würde die Schweiz in einer Art isolieren, dass die meisten erfolgreichen Errungenschaften es Wirtschaftsstandortes aufs Spiel gesetzt würden.

Retrokonzept der SVP

- «Lösung» der SVP beruht auf falschem Bild der wirtschaftlich erfolgreichen Schweiz innerhalb der EU und der Drittstaaten
- Trauert einer einstigen Stellung der Schweiz nach
- Die Kündigung von konstruktiven Partnerschaften würde die Schweiz isolieren und den Wirtschaftsstandort Schweiz gefährden
- Gigantische Überschätzung der Verhandlungsmacht Schweiz

- 11 -



- Das Konzept SVP ist ein Retrokonzept, das einer einstigen Stellung der Schweiz nachtrauert. Das Konzept beruht auf einer gigantischen Überschätzung der Verhandlungsmacht Schweiz, die unsere Optionen drastisch reduzieren könnte.
- Das sind nur zwei Hauptpunkte des Konzepts SVP, der ethische und der Retroaspekt, neben vielen andern, die die VI als in jeder Hinsicht ruinöse Lösung entlarven. Die EVP könnte sich nie hinter einen Lösungsweg stellen, der menschliche Grundwerte unnötig ritzt, denn mit Verlaub, was ist genau unser Leidensdruck?

«Leidensdruck» der Schweizer Bevölkerung

- Die Zuwanderung beunruhigt. Sie beträgt seit Jahrhundertwende ca. 20%
- Das erschwert:
 - Integration
 - Kapazitätsprobleme Wohnungsmarkt
 - Infrastruktur- und Raumplanung
 - Bildungspolitik
 - Probleme Schwarzmarkt, Lohndumping
 - Mehr Konkurrenz bei Bewerbungen
 - Verdrängung älterer oder wenig qualifizierter Menschen in Erwerbsarbeit

- 11 -



- Es ist ja bekannt und anerkannt, dass die Zuwanderung beunruhigt. Der Bundesrat ist vor 10 Jahren nie davon ausgegangen, dass wir seit der Jahrhundertwende fast 20% mehr Einwohner haben.
- Der BR verkennt auch nicht, dass sich damit die Herausforderungen insbesondere in der Integration, auf dem Wohnungsmarkt, bei der Infrastruktur- und Raumplanung und in der Bildungspolitik erhöhen. Die Zuwanderungsbedingten Probleme sind reformbedürftig und sind gezielter anzugehen als die VI.
- Es ist richtig und nicht auf Druck der VI, dass die flankierenden Massnahmen zur PFZ wirklich umfassend ergriffen werden und die Wirkung kontrolliert wird. Z.B. die Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit ausländischer Dienstleister.
- Lohndumping ist gezielter zu bekämpfen: Sanktionsmöglichkeiten für Arbeitgeber, welche gegen zwingende Mindestlöhne in Normalarbeitsverträgen verstossen. Aber auch den missbräuchlichen Bezug von Arbeitslosen- und Sozialhilfegeldern muss man stoppen.

Handlungsbedarf Bundesrat

- Durchsetzung der flankierenden Massnahmen und Wirkung kontrollieren
- Ausländergesetz genau umsetzen
- Zusammenarbeit Migrations- und Arbeitsbehörden
- Raumplanungsgesetz ernst nehmen
- Qualifizierte Arbeitskräfte vermehrt selber ausbilden
- Bildungsoffensive

Die Umsetzung der Aufgaben löst die Probleme besser als die Volksinitiative, deshalb ist sie abzulehnen

- 15 -



- Wir alle wollen keine Einwanderung in unser Sozialsystem für Menschen, die in diesem Land nicht gearbeitet haben. Deshalb sind die Spielregeln des Ausländergesetzes genau einzuhalten, und es ist keineswegs ein weiches Gesetz. Dh. z.B. betreffend Bewilligungen ohne gültige unbefristete Arbeitsverträge. Da müssen Arbeitsmarkt- und Migrationsbehörden besser Daten austauschen können um Missbrauch zu verhindern.
- Aber es ist wichtig, dass faire Bedingungen herrschen, auf die sich auch die Einwanderer verlassen können. Die Initianten wollen bestimmen, welche Ausländer für wie lange kommen dürfen. Es bestehe kein Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt, Familiennachzug und umfassende Sozialleistungen.
- Der SVP-Präsident hat die Initiativ-Botschaft am 1. August verschickt, stolz auf die Errungenschaften der Schweiz. Für mich beinhalten sie auch noch eine Verantwortung.
- Als Vorzeigeland mit niederen Steuern, wenig Staatsschulden, tiefer Arbeitslosigkeit und andauernder Prosperität gegenüber unseren Umländern sind wir in der moralischen Pflicht, nicht noch raffgierig und opportunistisch das Gefälle von oben nach unten zu verstärken, sondern eine gewisse Bereitschaft zu zeigen, zu teilen bzw. Anteil nehmen lassen an unserem Wohlstand.